
SPD ECHO

MÄRZ 2021

MARKTRATGESCHEHEN

**RITTERSPIELPLATZ FÜR
KLEINWALLSTADT?**

**KLARTEXT VON UNSEREM
BUNDESTAGSABGEORDNETEN
BERND RÜTZEL**

**DAS NEUE ZUKUNFTSPROGRAMM
DER SPD**



Aus dem Marktgemeinderat

- 3 Marktrat aktuell
- 4 Steinzeit in den Vorgärten
- 5 Ein Wort zur Abstimmung über Schottergärten
- 6 Ritterspielplatz für Kleinwallstadt?
- 7 #saytheirnames
- 8 Antrag auf Hissen der Regenbogenfahne am 17.5.

Aus Ort und Kreis

- 10 Kreis-SPD: Verlagerung auf die Schiene nicht vernachlässigen!

- 11 Kreistagsfraktion erwirkt Maskenverteilung an Bedürftige

Aus Land und Bund

- 11 Klartext unseres Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel zum Lieferkettengesetz
- 12 Das Zukunftsprogramm der SPD
- 13 Aktionen: Weltfrauentag, Tag gegen Rassismus

Aus Land und Bund

- 14 Deine Ansprechpartner
- 14 Ostergrüße

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor uns liegt die erste Ausgabe unseres SPD-Echos im Jahr 2021 - und wir befinden uns schon mitten drin. Themen die Anfang Januar noch brandaktuell waren und heiß diskutiert wurden, spielen nun schon gar keine große Rolle mehr - wie Söders nicht voll durchdachter Alleingang mit der FFP2-Maskenpflicht. Die Themen im Fokus sind zahlreich und drehen sich zumeist um Corona: Impfstrategie, Teststrategie, Öffnungsstrategie. Was bedeutet eigentlich Strategie? Alles Punkte, welche die Gesellschaft bewegen. Hinzu gekommen ist die Maskenaffäre in CDU und CSU die bei allem Schaden für die Politik im Allgemeinen auch ein gutes hat: nachdem zahlreiche Unionspolitiker ihre Ämter niederlegen mussten und wöchentlich neue Fälle bekannt werden, ist man auch im konservativen Lager endlich bereit, ein Lobbyregister im Deutschen Bundestag einzuführen. Auch in Bayern fehlt es jedoch an Transparenz.

Neben den Skandalen und der Coronapolitik bewegte uns auf den höheren Ebenen die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. In deren Folge wurden auch die Fragen nach den Kanzlerkandidaturen von Grüne und Union immer lauter, während Olaf Scholz bei uns fest im Sattel sitzt. Er hat bereits mit vielen weiteren Mitgliedern der SPD unser Zukunftsprogramm entwickelt, um Deutschland erfolgreich durch das neue Jahrzehnt zu führen. Auf Inhalte der Konkurrenz müssen wir wohl noch etwas warten.

Auch in Kleinwallstadt steht das Leben zum Glück nicht still. Im Marktgemeinderat wurde so beispielsweise über ein Begegnungshaus in Hofstetten beraten. Die SPD stellte zudem Anträge für neue Spielplatz-Konzepte. Für eine längere Diskussion sorgte zudem die Schließung des Berliner Rings. Dort sollen Schottergärten verhindert werden und insektenfreundliche Artenvielfalt in die Vorgärten einkehren. Zu den Themen findest Du mehr auf den nächsten Seiten.

Viel Spaß beim Lesen und eine schöne Osterzeit wünscht

Die Redaktion:

Jürgen Kroth Marco Wetzelsberger Samuel Herrmann Martin Kreuzer

Kleinwallstadt

SPD

Marktrat aktuell

Januar

+++Neuer Mitarbeiter im Bauamt+++
Im März tritt Manuel Bergold den Dienst bei der Gemeinde als Nachfolger von Bernahrd Ott an.

+++Neues im Projekt Schulmensa+++
Das Projekt Mensa mit neuer Schulküche wurde 2018 durch die Verwaltungsgemeinschaft angestoßen. Im Oktober erfolgte nun die sogenannte schulaufsichtliche Genehmigung. Ein Zuschuss von insgesamt 1.172.000,00 Euro wurden der VG zur Verfügung gestellt.

+++CO-2-Warngeräte für Schule+++
Für die Klassenzimmer wurden die CO-Messgeräte nun geliefert. Wie Rektor Thoma zwischen den Jahren verlauten ließ, sind für die Kellerklassenzimmer ohne Fenster Luftreinigungsgeräte bestellt. Diese Lieferungen stehen allerdings noch aus.

+++Ausbau Jahnweg+++
Für die Summe von ca. 25.000,00 Euro wird der Jahnweg saniert. Die Arbeiten betreffen hauptsächlich die beschädigte Straßenoberschicht.

++Begegnungshaus für Hofstetten++
Vorstellung des Planentwurfs Begegnungshaus Hofstetten. Als Erweiterung der Ortsmitte ist der Bau westlich des Torhauses geplant. Er soll in erster Linie als Veranstaltungsortlichkeit dienen. Neben einer kleinen Küche ist noch ein Stellplatz für ein Feuerwehrfahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Hofstetten geplant. Der Entwurf fand im Gremium parteiübergreifend Zustimmung. MGR Kroth stellte für die SPD die Zustimmung in Aussicht, unter der Bedingung, das Haus auch für private Veranstaltungen nutzen zu können. Dies bestätigte der Bürgermeister.

Februar

+++Neue Scheiben für Bushaltestelle Hofstetten Rathaus+++

An der Bushaltestelle in Hofstetten wurden nun Polycarbonat-Scheiben eingebaut. Der Spezialkunststoff ist bruchsicher und hat sich bereits am St.-Pierre-Platz bewährt. Der Vorschlag dieses Materials kam damals von SPD-Mitglied Martin Kreuzer

+++Errichtung des Friedparks Hofstetten+++

Aktuell findet die Errichtung des Friedparks Hofstetten statt. Der Entwurf stammt von der Gartenbauabteilung des Bauhofes.

+++Fahrten zum Impfzentrum+++

Nach einem Ansprechen der Problematik im Marktgemeinderat fand die Gemeinde mit anderen Beteiligten eine Lösung: Für Senioren ohne Möglichkeit der Anreise wird eine Gemeindefahrzeug zur Verfügung gestellt, um nach Miltenberg zu fahren. Freiwillige Helfer haben sich gefunden, die in diesen Ausnahmefällen die Fahrt durchführen.

März

+++„Denk-Ort-Deportationen“+++

Die Gemeinde Kleinwallstadt beteiligt sich auf Antrag durch Achim Albert an der Aktion zum Gedenken an die deportierten jüdischen Bürger während der Nazizeit. Hierfür werden zwei Koffer aus altem Holzbalken eines ehem. jüdischen Anwesens gefertigt. Sie werden in Würzburg und Kleinwallstadt aufgestellt..

+++Sicherheitswacht für den Ortsbereich+++

Der stellvertretende Dienststellenleiter der PI Oberburg stellt das Projekt der Sicherheitswacht vor. Dadurch können Mitarbeiter der Sicherheitswacht im Ort Streife gehen, um als

Ansprechpartner zu dienen. Es handelt sich um ehrenamtliche Bürger, die der Polizei nicht gleichgestellt sind. MGR Wetzelsberger stellt klar, dass die SPD eine Sicherheitswacht, die bereits in Nachbargemeinden funktioniert, begrüße. In Vergangenheit war er mit an der Ausbildung der Mitarbeiter beteiligt.

+++Ehrungen für besondere Verdienste in der Kommune+++

Bürgermeister Köhler ehrt einige Marktgemeinderätinnen- und Räte für ihr 18-jähriges Engagement in Kleinwallstadt. In Reihen der SPD wurde hierbei auch MGRin Helga Ostheimer geehrt. Herzlichen Glückwunsch.

+++Vorstellung des Bebauungsplan im Neubaugebiet+++

Herr Matthiesen vom Planungsbüro stellte das geplante Neubaugebiet vor und erläuterte hierbei den Bebauungsplan-Entwurf. Insgesamt umfasst das Baugebiet 42 Bauplätze. Davon sind 21 Bauplätze in gemeindlicher und 21 Bauplätze in privatem Besitz. Ein Großgrundstück der Gemeinde soll hierbei für die Verwirklichung eines größeren Gebäudes dienen, in welchem Eigentums- und Mietwohnungen entstehen sollen. Nachdem bereits im Vorfeld vom Gemeinderat über den Bebauungsplan diskutiert wurde, konnte der Beschluss mit nur einer Gegenstimme beschlossen werden.

+++Bürgerversammlungs-Ersatz+++

Bürgermeister Köhler stellt das Ergebnis des Bürgerversammlungs-Ersatzes vor. Zahlreiche eingesendete Fragen der Bürger wurden von ihm beantwortet. Aufgrund von Corona musste erstmals auf eine klassische Bürgerversammlung verzichtet werden. Der Ersatz wurde gut angenommen.

Steinzeit in den Vorgärten

Die SPD Kleinwallstadt setzt sich für mehr Biodiversität und gegen den Trend von Schottergärten ein. Wir haben uns bereits im Gemeinderat für eine entsprechende Verordnung bei Neubauten ausgesprochen.

Um vermeintlich weniger Arbeit im Vorgarten zu haben wenden sich immer mehr Hausbesitzer dem Trend der Schottervorgärten zu. Für viel Geld lassen sie die Erde abtragen, den Boden mit Spezialvlies auslegen und diverse Schottersteine aufschütten. Als Begrünung dienen oftmals lediglich Einzelpflanzen. Über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten. Die hier auftretenden Nachteile sind jedoch nicht von der Hand zu weisen. Insbesondere im Sommer verschlechtert sich durch Schottergärten das Mikroklima in den Wohnvierteln. Anstatt zu kühlen, heizen die Steine sich über Tag auf und geben die Wärme über Nacht ab. Staub wird nicht mehr durch die Pflanzen gefiltert, die Luft reichert sich mit ihm und verstärkt mit Stickstoffdioxid an. Der Lärmpegel steigt eben-

falls an, denn Schall wird durch Stein viel besser reflektiert.

Die verbleibenden Einzelpflanzen, oft Pflanzen wie Buchsbaum und Palmen müssen nicht nur aufgrund des Temperaturanstiegs öfter gegossen werden. Sie stellen auch für die hiesige Natur keinen oder kaum einen Mehrwert da. Denn ohne Nahrung und Lebensraum zieht auch der letzte Schmetterling weiter.

Bei Regen nimmt der verdichtete Boden weniger Wasser auf. Anstatt durch die Erde gefiltert läuft der Niederschlag zusätzlich über die Kanalisation ab. Bei den immer häufiger auftretenden Starkregen ist dieser schneller ausgelastet, überflutete Straßen und Keller sind die Folge. Die Zeit der geringeren Pflegearbeiten ist auch nicht von Dauer. Neben dem Feinstaub werden durch den Wind auch immer wieder Blätter angeweht, die als Ablagerung zwischen den Steinen den besten Nährboden für Unkraut wie Löwenzahn bilden. Bei einigen Standorten breiten sich

auch ungewünschte Moose über die Ziersteine aus. Das Auftauchen vom unliebsamen Grün hat dann schnell auch wieder den Griff zur umstrittenen Giftspritze zu Folge.

Immer mehr Städte und Kommunen nehmen Abstand von Schottergärten. So haben sich bereits Städte wie Dortmund, Paderborn oder Erlangen gegen Schottergärten entschieden. Im Juli 2020 hat nun auch Würzburg richtungsweisend für Unterfranken eine entsprechende Verordnung beschlossen.

Dennoch sollte man die Bürgerinnen und Bürger nicht im Regen stehen lassen und von Seiten der Kommune über Alternativen informieren. Magerbeete und Steingärten nach Naturvorbild könnten hier beispielsweise Alternativen darstellen.

Ziel sollte sein:

Weniger Arbeit mit dem Garten zu haben und trotzdem etwas für die Natur und damit fürs eigene Wohlbefinden tun.



Unschöne Vorgartengestaltung



Von uns gewünschte Vorgartengestaltung

Ein Wort zur Abstimmung über Schottergärten

Bereits im Herbst 2019 wurde durch die SPD-Fraktion eine Veranstaltung zum Thema „Naturnahes Gärtnern“ in der Zehntscheune veranstaltet. Vor zahlreichen Gästen wurde hier auch das Thema Schottergärten und deren nachteiligen Auswirkungen auf Natur und Mensch diskutiert. Wir stellten damals schon klar, dass die SPD Kleinwallstadt Schottervorgärten nicht für zeitgemäß hielt. Gärtnermeister Ludwig aus Weibersbrunn, der den Hauptvortrag hielt, bezog in seinem Vortrag ebenfalls Stellung gegen Schottervorgärten.

Im letzten Jahr brachte MGR Marco Wetzelsberger das Thema „Schottergärten“ erstmals in den Bauausschuss hinsichtlich der Erweiterung des Neubaugebietes ein. Durch unseren Vorstoß wurde auch bei Mathias Staab, Naturschutzbeauftragter der Gemeinde und Vorsitzender des Bundnaturschutz Kleinwallstadt, sowie bei der Fraktion der Grünen Aufmerksamkeit geweckt. Eine Entscheidung wurde zunächst vertagt.

Am 08.03.2021 wurde nun bei der Marktgemeinderatssitzung lebhaft über den Antrag zum Verbot der Schottervorgärten, die der BUND Kleinwallstadt einreichte, diskutiert. Das anhängende Statement von MGR Marco Wetzelsberger wurde in der Sitzung durch diesen verlesen. Die Argumente gegen Schottergärten sind reichhaltig und nicht von der Hand zu weisen. In der Diskussion sprachen sich dann auch die meisten Gemeinderäte gegen Schottervorgärten aus.

Marktgemeinderat Jürgen Kroth stellte bei seiner Wortmeldung unter anderem klar, dass durch das Neubaugebiet ohnehin schon ein große

6 Gründe gegen einen Schottergarten

Schottergärten...

- sind biologisch fast tot.
- schädigen den Boden.
- haben eine schlechte Klimabilanz.
- brauchen auf Dauer viel Pflege.
- sind schlecht fürs Mikroklima
- sind teuer.

Fläche Natur versiegelt wird. Weiterhin verwies er auf die Änderung im Bayrischen Baurecht seit 01.02.2021 (Art 81 Abs. 1 Nr. 5 BayBo), demnach haben Kommunen das Recht Schottergärten zu verbieten.

Antragssteller Mathias Staab erinnerte in seiner Wortmeldung an die letzte Erweiterung des Baugebietes und konnte mit seinem Fachwissen Gegenargumente entkräften. Er prangerte hierbei auch an, dass das nun auch wieder festgelegte Gebot, eines zu pflanzenden Baumes im Vorgarten kaum umgesetzt wurde.

Marktgemeinderat Karl-Heinz Bein wünscht sich in Zukunft, dass die Bäume als Willkommensgeschenken Hausbauern zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Weise könnte man dem Gebot Nachdruck verleihen und den Weg zum grünen Vorgarten einschlagen.

Bürgermeister Köhler und Markus Michler sprachen sich gegen ein Verbot aus. Sie möchten vielmehr durch Aufklärung eine freiwillige Ablehnung bei den Bürgern erreichen. Nach Aufnahme aller Wortmeldungen wurde dies durch ihn auch für die Abstimmung dementsprechend formuliert.

Der Antrag des Verbots wurde mit 9 zu 11 Stimmen knapp abgelehnt. Viele Marktgemeinderäte wollten den Weg der Aufklärung mit Bürgermeister Köhler gehen. Durch den Antrag des BUND wurde nun jedoch auch außerhalb des Marktgemeinderats signalisiert, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt. Dafür wollen wir ausdrücklich danken. Erfreut sind wir darüber, dass Schottervorgärten grundsätzlich vom Gemeinderat abgelehnt werden.

Insbesondere Thomas Köhler muss sich daran messen lassen, dass man dem Abstimmungsergebnis Folge leistet. Es gilt kreative und konstruktive Vorschläge zu unterbreiten und Anreize für ökologische, insektenfreundliche Flächen auf privaten Grundstücken zu schaffen.

Anmerkung zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion

Nach dem Demokratie-Verständnis der SPD-Fraktion steht es jedem Marktgemeinderat frei, wie er abstimmt. Bei uns herrscht kein Fraktionszwang! Dass sich ein Fraktionsmitglied von den Argumenten in der Sitzung überzeugen lässt, ist völlig legitim. In dieser Angelegenheit ändert dies jedoch nichts an der Position der SPD-Fraktion, Schottergärten vermeiden zu wollen. Es zeugt vielmehr von einem offenen, reflektierten Umgang unserer Mitglieder während einer Sitzung. Dass ein uneinheitliches Abstimmungsverhalten nun von anderen genutzt wird, um gegen uns zu wettern, können wir daher nicht nachvollziehen. Man darf nicht vergessen: Das Thema wurde erst durch uns angestoßen!

Ritterspielplatz für Kleinwallstadt?

Gleich zwei Anträge wurden im vergangenen Jahr durch die SPD-Fraktion in Bezug auf die Spielplätze Kleinwallstadts und Hofstettens eingereicht: Zum einen sprachen wir uns für die Errichtung eines Erlebnisspielplatzes aus, zum anderen forderten wir ein Konzept für unsere Spielplätze. In beiden Angelegenheiten wurde die Einbeziehung der Jugendbeauftragten explizit gewünscht.

Hoher Standard als Anspruch für Konzepte

Im Antrag zu einem Spielplatzkonzept führt die SPD-Fraktion aus, dass es der Anspruch der Gemeinde sein muss, jungen Familien kreative und moderne Spielplätze zur Verfügung zu stellen, um viel Spielspaß für unsere Kinder garantieren zu können.

Aktuell gibt es sieben Spielplätze im Gemeindegebiet, von denen zwei in Hofstetten liegen. Es wird fest davon ausgegangen, dass diese regelmäßig durch den Bauhof hinsichtlich Funktion und Sicherheit überprüft werden. Nun sollen sie jedoch auch regelmäßig auf ihre Qualität geprüft werden. Für den Spielplatz am Main wurden erst kürzlich zwei neue Geräte angeschafft, die auch für Kleinkinder geeignet sind. Zuvor fehlten Geräte gezielt für diese Altersgruppe. Die Errichtung führte folglich zu zahlreichen positiven Rückmeldungen. Das zeigt, dass es eines Konzepts bedarf, um unsere Spielplätze ausgewogen und abwechslungsreich zu gestalten - um allen das passende Angebot machen zu können.

Hierfür sollen die Spielplätze regelmäßig anhand bestimmter Kriterien wie Barrierefreiheit, Anteil von Grünflächen, Aktualität der Spielgeräte, Vielfältigkeit des Angebots, Sitzgelegenheiten und weiterer überprüft werden. Nur so kann der Standard zunächst gehoben und anschließend gehalten werden.

Bürgermeister Thomas Köhler schlug daraufhin vor, die Spielplätze gemeinsam in nicht zu großer Runde zu besichtigen. Die Begehung fand am 27.2. coronakonform statt - mit Bürgermeister Thomas Köhler, einem Vertreter des Bauhofs, je einem Vertreter jeder Fraktion und den drei Jugendbeauftragten. Für uns dabei waren der Fraktionsvorsitzende Marco Wetzelsberger und der Jugendbeauftragte Samuel Herrmann.

Heraus kam, dass auf den Spielplätzen am Main, in der Riemenschneiderstr. und im Neubaugebiet Hofstetten kein Platz ist, um Spielgeräte hinzuzufügen, ohne bestehende Geräte in gutem Zustand zu entfernen. Der Spielplatz an der Eichelsbacher Str. in Hofstetten bietet

Platz für ein neues Spielgerät - hier soll ein Angebot für Kleinkinder ergänzt werden. Viel Gestaltungspotential bieten die Plätze in der Ringstraße, der Leckkaute und der neu entstehende im Berliner Ring. Die SPD sprach sich dafür aus, Bürger mit einzubeziehen und lieber durch einen längeren Planungsprozess ein optimales Ergebnis zu erzielen, statt unüberlegt gut aussehende Geräte zu beschaffen.

Thomas Köhler schlug vor, eine Bürgerbeteiligung in die Hände der Jugendbeauftragten zu legen. Das wäre ein ideales vorgehen für die Jugendbeauftragten, um auf sie und ihre Arbeit aufmerksam zu machen und werde eventuell auch besser angenommen als eine Veranstaltung durch die Gemeinde direkt. Das weitere Vorgehen soll in einer Bauausschusssitzung besprochen werden.

Erlebnisspielplatz als neues Highlight

Im weiteren Antrag brachte die SPD-Fraktion die Idee ein, aus einem der bestehenden Spielplätze einen Erlebnisspielplatz zu formen. Dieser solle sich durch ein einheitliches Thema, eine erhöhte Anzahl von Spielgeräten und durch besonders kreative Angebote auszeichnen. Spielplätze in Elsenfeld, Obernburg oder Hausen würden beispielsweise auch von Familien anderer Gemeinden besucht, da sie so beliebt sind. Mögliche positive Nebeneffekte sind eine Förderung des Einzelhandels und der Gastronomie.

Als möglichen Standort schlug die SPD-Fraktion zunächst den Mainspielplatz vor. Die nahe Lage am Wasser könne man wunderbar nutzen, um einen Themenzug zu Piraten oder Wikingern herzustellen. Bei der Besichtigung vor Ort stellte man jedoch schnell fest, dass der Spielplatz bereits komplett mit Spielgeräten ausgestattet ist und keinen Platz für neue bietet. Ein notwendiger Austausch vorhandener Geräte stünde kurzfristig auch nicht an. Thomas Köhler berichtete jedoch, dass in der Nähe des Alten Schlosses eine Fläche als Spielplatz deklariert, aber noch nicht genutzt sei. Schnell herrschte Einigkeit, dass dort ein idealer Erlebnisspielplatz entstehen kann. Weiteres muss jedoch zunächst im Bauausschuss besprochen und beschlossen werden.

Die SPD ist sehr erfreut darüber, durch die Anträge Dynamik in das Thema Spielplätze gebracht zu haben. Wir sind uns sicher, dass wir so langfristig einen hohen Standard erreichen können.

Am 19. Februar 2020 erschoss ein Mann aus rassistischen Motiven in Hanau Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüç, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtovic, Kaloyan Velkov, Vili-Viorel Paun, Said Nesar Hashemi und Fatih Saracoglu. Wir trauern auch ein Jahr nach dieser Tat um die Opfer des Anschlags und wollen sie nicht vergessen. Doch es wird vergessen! Hanau, Halle, Solingen, Rostock, Einzelfall nach Einzelfall. Rassismus ist kein Einzelfall! Wir erleben durch diese Tat, dass wir von Alltagsrassismus umgeben sind, der unter anderem solch grausame Taten hervorbringen kann. Lasst uns nicht vergessen. Lasst und darüber reden. In der Politik sowie in unseren Wohnzimmern, denn wir alle leiden darunter. #saytheirenames



Fatih Saraçoğlu



Vili Viorel Păun



Kaloyan Velkov



Ferhat Unvar



Mercedes Kierpacz



Gökhan Gültekin



Sedat Gürbüç



Hamza Kurtović



Said Nesar Hashemi

NIEMALS VERGESSEN

Hanau - 19.02.2020

Antrag auf Hissen der Regenbogenfahne anlässlich des Internationalen Tags gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie am 17. Mai 2021 am Rathaus Kleinwallstadt

Folgender Antrag wurde am 22.03.2021 eingereicht:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrten Damen und Herren des Marktgemeinderats,

sicher sind Sie in Ihren Amtszeiten bereits das eine oder andere Mal mit den Themen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie in Berührung gekommen.

Lage

Nach wie vor erleben Homo-, Bi-, Inter-, Transsexuelle und Menschen, die sich nicht als heterosexuell oder nicht in der binären Geschlechterordnung verorten, noch keinen diskriminierungsfreien Alltag. Gerade in der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage sehen sich queere Menschen oft Anfeindungen ausgesetzt. Zuletzt hat die Anzahl der Straftaten gegen queere Menschen zugenommen. Dass gleichzeitig auch rechte und rechtsextreme Akteure in der Öffentlichkeit immer größere Resonanz finden, ist kein Zufall.

Der Bundesregierung zufolge gab es 2019 mindestens 564 politisch motivierte Straftaten aufgrund der sexuellen Orientierung, darunter 147 Gewalttaten. Unter dem Begriff „Straftaten aufgrund der sexuellen Orientierung“ erfasste die Bundesregierung „alle gegen Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuelle motivierten Straftaten“.

Im Vergleich zu 2018 stieg die Zahl der Straftaten gegen queere Menschen damit um über 60 Prozent und bei den Gewalttaten sogar um mehr als 70 Prozent. Die Zahlen könnten im Fall potentieller Nachtragsmeldungen noch weiter steigen und die Dunkelziffer liegt deutlich höher, da viele Opfer von Gewalt aus Angst vor einem Outing oder aus Scham den Gang zur Polizei nicht wagen. Die Zahlen beruhen auf der Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage von Ulle Schauws, Sprecherin für Frauen- und Queerpolitik der Grünen-Bundestagsfraktion. Für uns ist klar: jeder Fall ist einer zu viel!

Doch nicht nur durch strafbewährte Gewaltakte sehen sich nicht-heteronormative sexuelle und geschlechtliche Identitäten noch im Alltag häufig einem enormen Leidensdruck ausgesetzt. V.a. in ländlich geprägten Gebieten werden queere Personen angefeindet oder trauen sich aus Angst vor sozialen Folgen nicht, ihre Identität

offen zu leben.

Sie dürfen davon ausgehen: Es gibt auch in Kleinwallstadt hiervon betroffene Personen!

Lösung

Es ist an der Zeit, ein eindeutiges Zeichen zu setzen: Gegen Diskriminierung marginalisierter Gruppen und für eine offene Gesellschaft, in der sich jede*r gemäß Art. 2 unseres Grundgesetzes frei entfalten kann, ohne für seine/ihre* sexuelle oder geschlechtliche Identität, Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sozialen Status ausgegrenzt zu werden. Nur durch ein geschlossenes Auftreten können wir vermitteln, dass wir für eine offene Gesellschaft eintreten und dabei die große Mehrheit gegen rassistische und antidemokratische Kräfte bilden.

Da diese Kräfte immer öffentlicher und vehementer auftreten, ist ein entschlossenes Signal von höchster Bedeutung. Wir als Gemeinde haben dabei eine wichtige Vorreiterrolle: Als kommunalpolitisches Gremium repräsentieren wir die Gesellschaft ebenso, wie es die Verwaltung und im Besonderen der Herr Bürgermeister tun. Somit liegt es an uns, voran zu gehen und das erste Signal zu senden, um den betroffenen Bürger*innen unserer Gemeinde ein Zeichen der Solidarität zu senden.

Deshalb stellen wir den Antrag, anlässlich des Internationalen Tags gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie am 17. Mai 2021 die Regenbogenfahne vor unserem Rathaus zu hissen. Die Regenbogenfahne steht für Toleranz und Akzeptanz, aber auch allgemein für Frieden, so dass sie in der heutigen, von Konflikten und Unfrieden geprägten Zeit aktueller ist denn je. Sie signalisiert klar: Wir tolerieren weder Hass noch Ausgrenzung und wir stehen hinter allen, die von Diskriminierung betroffen sind.

Alternative

Zum entschlossenen Eintreten für eine offene Gesellschaft gibt es keine Alternative. Diese Einstellung kann jedoch durch weitere Aktionen wie Statements, Vorträge oder Workshops in Kooperationen mit Vereinigungen bekräftigt werden.

Kosten

Die Anschaffung einer Regenbogenfahne verursacht Kosten. Je nach Größe und Material sollten diese jedoch überschaubar sein.

Weiteres

Gerne stellen wir Ihnen anlässlich der Behandlung des Antrags im Gremium auch einen Presstext zur Bedeutung der Fahne zur Verfügung, den Sie dann zur Informa-

tion Ihrer Bürgerinnen und Bürger in Ihrem Amts- und Mitteilungsblatt veröffentlichen können.

Die Ausführung dieses Antrags verursacht für die Gemeinde praktisch keine Kosten und keinen Aufwand. Für Betroffene Menschen kann sie jedoch ein wertvolles Zeichen der Solidarität gegen die Diskriminierung bedeuten, die sie z.T. täglich erleben. Sie stellt gewissermaßen das Mindeste dar, was eine Gemeinde als Solidarleistung erbringen kann. Der Antrag steht dabei nicht allein, sondern wird in dieser Form auch in den Stadt- und Gemeinderäten vieler weiterer Kommunen des Landkreises gestellt. Deutschlandweit zeigen viele Städte wie es geht. In Hamburg, Köln, Düsseldorf und Leipzig wird die Regenbogenfahne von der Stadt zum 17.05. oder zum jährlichen Christopher-Street-Day gehisst. In Bayern geschieht dies u.a. in Ingolstadt, Nürnberg und unserer Landeshauptstadt München

Die SPD-Gemeinderatsfraktion gemeinsam mit den Jusos-Miltenberg



Eingriff in Natur gering halten – Verlagerung auf Schiene nicht vernachlässigen



Kreis Miltenberg. Der Vorstand des SPD-Kreisverbands Miltenberg hat am Dienstag in einer Videokonferenz die verschiedenen Hotspots der Verkehrsinfrastruktur für den bayerischen Untermain diskutiert.

Die Ausbauplanungen der B 469 befürwortet die SPD. Die Sozialdemokraten stimmen hierin überein mit dem grünen Landrat Jens Marco Scherf, der die Bundesstraße als Lebensader des Landkreises bezeichnete. Bei der hohen Belastung der Straße müsse eine ausreichende Sicherheitsinfrastruktur geschaffen werden. Hierzu gehört ein Standstreifen, der auch für Rettungskräfte und Einsatzfahrzeuge nutzbar sein müsse. Bei einer dermaßen stark befahrenen Straße müsse dieser Aspekt berücksichtigt werden. Die Eingriffe in die Natur sollten hierbei jedoch so gering wie möglich gehalten werden, erklärt die SPD. Schließlich wolle man langfristig möglichst viel Verkehr auf die Schiene verlagern und keine heimliche Autobahn schaffen.

Heinz Kaiser wies in diesem Zusammenhang auch auf die vielen Berufspendler ins Rhein-Main-Gebiet hin. Positiv wurde Kaisers Initiative aufgenommen, die Handwerkserschaft zu unterstützen und weiter auf einen Parkausweis für Handwerker aus dem Kreis Miltenberg im

Ballungsraum rund um Frankfurt zu dringen. Durch die Aktivitäten Kaisers sei hier nun auch Bewegung entstanden. Für die Zukunft müsse hier die Abstimmung und Koordination in der Metropolregion wesentlich enger werden, waren sich die Anwesenden einig.

Gleichzeitig erinnerte Karlheinz Paulus, Vorsitzender der Kreistagsfraktion, an die geplante Elektrifizierung der Bahnstrecke Miltenberg-Aschaffenburg. Hier sei das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium deutlich im Verzug. Schließlich wolle man das Einpendeln ins Zentrum der Rhein-Main-Region mit möglichst geringer Taktung ermöglichen und hierfür den nachhaltigen Schienenverkehr stärken. Wenn Andreas Scheuer endlich in „die Puschen“ kommen würde, wäre dies auch ein Gewinn für die stark belastete B 469. Die SPD begrüßte die Nachricht über den Beschluss des bayerischen Kabinetts zur Errichtung der Brücke in Kirschtal. Endlich zahle sich der jahrelange Einsatz der Kommunalpolitik im Kampf für eine bessere Verkehrsanbindung aus. Die Collenbergerin Anni Wolf schilderte den regen Austausch über Landesgrenzen auf kommunaler Ebene. Sie hoffe nun auf zügigen Fortschritt. Jetzt sei der Stuttgarter Landtag am Zuge, diesem Projekt grünes Licht zu geben.

Zufrieden zeigte man sich mit dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, FFP2-Masken an Bedürftige im Landkreis verteilen zu lassen. Hier habe Kreisrätin Sabine Balleier die Initiative ergriffen und die Verteilung im Namen der SPD-Fraktion angeregt. Die Initiative sei inzwischen auch in anderen Landkreisen aufgegriffen worden.

Kreistagsfraktion reagiert auf FFP2-Pflicht ab Montag – Eilentscheid im Landratsamt

Kreis Miltenberg. Menschen mit geringem Einkommen sollen im Kreis Miltenberg kostenlos die ab Montag, 18. Januar, vorgeschriebenen FFP2-Masken bekommen. Das hat die SPD-Fraktion im Kreistag am Mittwoch bei Landrat Jens Marco Scherf beantragt. Vorangegangen waren am Dienstag die Entscheidung des Kabinetts für eine FFP2-Pflicht bei Einkäufen und im öffentlichen Nahverkehr sowie in der Folge eine Reihe von Vorgesprächen.

Auf Grundlage eines Eilentscheids setzt das Landratsamt den SPD-Antrag umgehend um: Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung erhalten vom Landkreis in den kommenden Tagen jeweils zwei FFP2-Masken. Um den Infektionsschutz zu gewährleisten und Kontakte an Ausgabestellen zu vermeiden, verschickt das Landratsamt die Masken direkt an die Betroffenen.

Der Impuls für die Aktion sei aus der Initiative #MiteinanderMIL gekommen, berichtet Sabine Balleier, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag und dritte Bürgermeisterin in Miltenberg. „FFP2-Masken sind vergleichsweise teuer“, sagt sie. „Menschen, die von Grundsicherung leben oder ein geringes Gehalt aufstocken müssen, brauchen in Relation zum Einkommen viel Geld, um sich effektiv vor einer Infektion zu schützen. Da ist die öffentliche Hand gefordert, einen Ausgleich zu schaffen.“ Das sei in der Gruppe #MiteinanderMIL diskutiert worden und habe den Anstoß für den Antrag gegeben.

Große Sorge bereitet es der SPD, dass der CSU/FW-regierte Freistaat bisher keine Anstrengungen unternommen hat, das soziale Gefälle bei der Versorgung mit FFP2-Masken zu beheben. „Wer ohnehin schon wenig Geld zur Verfügung hat und jeden Tag darauf angewiesen ist, mit Bus und Bahn zur Arbeit zu fahren, wird durch den Beschluss der Landesregierung doppelt bestraft“, meint Sabine Balleier. „Ziel einer sinnvollen Landespolitik sollte es aber sein, den Menschen die Einhaltung der Hygienevorgaben im Zusammenhang mit Sars-CoV2 so einfach wie möglich zu machen.“ Dazu gehört nach Auffassung der SPD die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit FFP2-Masken – unabhängig vom Einkommen.



Verkaufsaktionen zu Billigpreisen, wie beispielsweise in Miltenberg von der Stadt oder in Bürgstadt vom CSU-Gemeindeverband geplant, lehnt die SPD ab. „Nicht, weil wir es nicht richtig fänden, den Menschen günstige Masken zur Verfügung zu stellen“, betont Balleier, „aber weil wir es falsch finden, dass nach dem Windhund-Prinzip diejenigen zuerst FFP2-Masken bekommen, die als Erste mit dem SUV am Drive-In-Schalter stehen.“ Günstige Masken stünden zuerst denjenigen zu, denen

es aufgrund ihres geringeren Einkommens schwer falle, die hohen Kosten zu tragen. Außerdem hegt die SPD-Kreisrätin Zweifel daran, dass es für eine Kommune rechtlich zulässig ist, mit solchen aus Steuergeldern finanzierten Angeboten wie ein Wirtschaftsunternehmen aufzutreten. „Wir können Menschen mit geringem Einkommen bei der Versorgung mit Masken unterstützen“, sagt Balleier. „Aber wir können nicht wie ein Wirtschaftsbetrieb in Konkurrenz zu beispielsweise Apotheken treten, denen der Freistaat es in den vergangenen Wochen allein überlassen hat, sich um die Beschaffung von FFP2-Masken für Senioren und darüber hinaus weitreichende Vorräte für die Bevölkerung zu kümmern.“ Deswegen hat die Stadt- und Kreisrätin namens der SPD bei der Kommunalaufsicht eine Überprüfung der Verkaufsaktion in Miltenberg erbeten. „Ich möchte eine klare juristische Aussage, ob das zulässig ist oder nicht“, erklärt Balleier.

Artikel 87 der bayerischen Gemeindeordnung besagt, dass Städte und Gemeinden nur dann unternehmerisch aktiv werden dürfen, wenn „der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen anderen erfüllt wird oder erfüllt werden kann“. Im Fall von FFP2-Masken gibt es aus Sicht Balleiers nicht nur Apotheken, sondern auch durch zahlreiche weitere Händler, die vor Ort oder im Internet FFP2-Masken für alle zum Verkauf anbieten. „Das Geld, das in die Organisation von PR-trächtigen Verkaufsaktionen fließt, wäre besser angelegt, um einkommensschwache Bevölkerungsgruppen zu unterstützen und besser mit Schutzmasken zu versorgen“, sagt die Miltenbergerin.

Klartext

Unser Bundestagsabgeordneter ist Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales und hat so mitgeholfen, das neue Lieferkettengesetz gegen den Willen der Union durchzusetzen. Für unser SPD-Echo hat er seine persönliche Meinung dazu niedergeschrieben:

Seien es die Handys, mit denen wir uns privat austauschen und arbeiten, die Kleidung, die wir tragen, der Kaffee, den wir trinken – all das wird oft unter schlimmsten Menschenrechtsverletzungen hergestellt. Weltweit sind 152 Millionen Kinder in Kinderarbeit und 25 Millionen Menschen in Zwangsarbeit.

2011 haben die Vereinten Nationen (VN) Leitprinzipien für die Vereinbarkeit von Wirtschaft und Menschenrechten erstellt. 2015 hat die G7 unter deutscher Präsidentschaft das Thema erstmals auf die Agenda gesetzt. 2016 hat die Bundesregierung den nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte erstellt. 2017 verabschiedete Frankreich das Lieferkettengesetz. 2020 kündigte die EU-Kommission für dieses Jahr an, dass die EU Mitgliedsstaaten verbindliche Regelungen schaffen sollen. Zehn Jahre sind seit dem VN-Beschluss vergangen - zehn weitere Jahre Kinder- und Zwangsarbeit. Freiwillig funktioniert hier gar nichts: In Deutschland lag die freiwillige Beteiligung am nationalen Aktionsplan zwischen 13 und 17%. D.h., dass sich nicht mal jedes fünfte Unternehmen seiner Verantwortung bewusst ist.

Deshalb schaffen wir jetzt ein nationales Lieferkettengesetz, das auch eine steile Vorlage für ein europäisches Lieferkettengesetz ist. Menschenrechtsorganisationen be-



scheinigen uns, dass wir mit diesem Gesetz einen Meilenstein setzen.

Wäre es nach der SPD gegangen, hätte dieses Gesetz schon in der letzten Legislaturperiode und auch noch viel umfangreicher beschlossen werden können. Die Union, hauptsächlich ihre Wirtschaftsleute, fürchten dieses Gesetz allerdings wie der Teufel das Weihwasser. Übersetzt heißt das: Macht weiterhin Geschäfte auf Kosten von Menschenleben. Das will ich hier ganz deutlich sagen.

In einem ersten Schritt werden wir ab 2023 Unternehmen ab 3000 Mitarbeiter und ein Jahr später alle Unternehmen ab 1000 Mitarbeiter verpflichten, dass sie genau hinschauen und Verantwortung übernehmen. Die SPD wollte dies ab einer Unternehmensgröße von 500 Mitarbeitern einführen, bei der Union dachte man über eine Unternehmensgröße von 10.000 Beschäftigten nach.

Wir werden die nächsten Wochen mit unserem Koalitionspartner noch sehr viel Arbeit haben, stundenlang Verhandlungen führen und um jeden einzelnen Punkt feilschen müssen, damit wir das Vorhaben noch vor der Sommerpause und vor den Bundestagswahlen umsetzen können. Zukünftig werden Gewerkschaften und

NGOs die Möglichkeit bekommen, Betroffene vor Gericht zu vertreten. Wir richten eine staatliche Kontrollbehörde ein, die Sorgfaltspflichtverletzungen nachgeht und Bußgelder verhängen kann. Zwangsgelder fließen in einen Fonds zur Stärkung menschenrechtlicher Sorgfalt in der globalen Wirtschaft.

Ich sage nicht, dass mit diesem Gesetz alle Probleme gelöst sind. Das wäre zwar schön, aber vermessen. Ich sage aber deutlich: Das Gesetz wird Zähne haben. Wir werden eine effektive Durchsetzung und starke Kontrollen gewährleisten. Die Verantwortung darf nicht am Werkstor oder an der deutschen Staatsgrenze enden. Schade, dass wir darüber reden und verhandeln müssen. Es ist doch eigentlich selbstverständlich, dass man andere so behandelt, wie man selbst behandelt werden will.

Bernd Rützel, MdB



© Henning Schacht

Zu Bernd:

- **Aus Gemüden am Main**
- **verheiratet, zwei Kinder**
- **Für unseren Wahlkreis MSP/MIL im Bundestag**
- **Mitglied im Ausschuss für Tourismus und im Ausschuss Arbeit & Soziales**
- **stellv. Vorsitzender der SPD-Landesgruppe Bayern im Deutschen Bundestag**

Meinungsbildung von unten nach oben: Das neue Zukunftsprogramm der SPD

Fast 4.000 Mitglieder haben ihre Ideen in über 3.000 Beiträgen und Kommentaren in der Programmwerkstatt eingebracht. Über 3.000 Mitglieder haben in Online-Konferenzen über das Programm diskutiert — beim Debattencamp haben sich über 6.000 Mitglieder und Unterstützer*innen an der Entwicklung unserer Ideen für die Zukunft beteiligt. Auch unser Ortsverein war mit dabei. Das war ein unglaubliches Engagement. Hier sind nun die Eckpunkte unseres Programms das am 09. Mai auf dem Bundesparteitag der SPD verabschiedet wird.



FÜR EINE GESELLSCHAFT DES RESPEKTS

Wir wollen eine Gesellschaft, die von gegenseitigem Respekt getragen wird, frei von Vorurteilen. Das schaffen wir nur, wenn wir die Würde und den Beitrag aller Menschen in gleicher Weise anerkennen – auch finanziell. Deshalb schaffen wir einen solidarischen Sozialstaat, chancengerechte Bildungsangebote, eine starke Infrastruktur und ordnen den Arbeitsmarkt so, dass niemand sich allein mit Applaus begnügen muss, sondern alle auf sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen zählen können.

FÜR EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT

Wir wollen Antworten auf die großen Fragen der Zukunft liefern.

Deshalb werden wir unsere Produktion ökologisch revolutionieren, unser Gesundheitssystem stark aufstellen, unser Mobilitätssystem zum modernsten Europas machen, die Digitalisierung fair und gerecht gestalten und dabei Einkommen und Perspektiven für alle sichern. Nur gemeinsam machen wir dieses Jahrzehnt zu einem der erneuerbaren Energien, um unser Ziel eines klimaneutralen Landes 2050 zu erreichen.



FÜR EIN SOUVERÄNES EUROPA IN DER WELT

Wir wollen ein souveränes Europa der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Freiheit. Unsere europäischen Werte und Interessen können wir im globalen Wettbewerb nur behaupten, wenn Europa nach innen geeint und nach außen handlungsfähig ist. Nur gemeinsam werden wir das politische und soziale Modell unserer europäischen Demokratien stärken.

Dafür stehen wir gemeinsam mit Olaf Scholz – Kanzlerkandidat für ein sozial gerechteres und zukunftssicheres Deutschland

WELTFRAUENTAG

ICH WILL DER #ERSTESEIN,
der sein Kabinett paritätisch besetzt.



ICH WILL DIE #ERSTESEIN,
die in einem 50/50-besetzten Vorstand 100% gibt.



ICH WILL DIE #ERSTESEIN,
die auch am Monatsende richtig kassiert.



TAG GEGEN RASSISMUS

RESPEKT ZEIGEN RASSISMUS BEKÄMPFEN

WAS WIR IM KABINETTSAUSSCHUSS BESCHLOSSEN HABEN:

- „Rasse“ soll aus Art. 3 Abs. 3 GG gestrichen werden
- Kritische Aufarbeitung unserer kolonialen Vergangenheit
- Schließung der Schutzlücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
- Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- Demokratieförderungsgesetz

WAS WIR NOCH FORDERN:

- Bundespartzipationsgesetz
- eine*n Beauftragte*n der Bundesregierung für Antirassismus
- Antirassismus und Engagement gegen Antisemitismus als Staatsziele im GG

RASSISMUS BEKÄMPFEN

SPD Soziale Politik für Dich.

Deine Ansprechpartner



Jürgen Kroth
Vorsitzender SPD-Kleinwallstadt

juergen.kroth@spd-kleinwallstadt.de



Marco Wetzelsberger
Fraktionsvorsitzender

marco.wetzelsberger@spd-kleinwallstadt.de



Samuel Herrmann
Jugendbeauftragter

samuel.herrmann@spd-kleinwallstadt.de



Karlheinz Bein
Seniorenbeauftragter

karlheinz.bein@spd-kleinwallstadt.de



**GROSSES SCHAFFEN
WIR NICHT MIT
„KLEIN – KLEIN“.
SONDERN MIT GUTEN
IDEEN, ERFAHRUNG
UND MUT.**

© Anne Hufnagel

**Wir wünschen
Frohe Ostern**

Kleinwallstadt

SPD

